

# Internationales Baurecht

## Akademische Monographie



Autor: Dmitry Semenovich Belkin  
(ORCID: <https://orcid.org/0009-0003-1532-1958>)

Associate Professor (Dozent) für Internationales Recht, Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie, Moskau, Russische Föderation. E-Mail: dmitryb81@gmail.com

DOI: 10.64457/icl.de.ch10

### ***Rechtsdogmatische Grundlagen der Mehrstufigkeit im internationalen Bauvertragsrecht: Von Soft-Law-Standards zur verbindlichen Vollstreckung***

Empfohlene Zitierweise: Dmitry Semenovich Belkin: Rechtsdogmatische Grundlagen der Mehrstufigkeit im internationalen Bauvertragsrecht: Von Soft-Law-Standards zur verbindlichen Vollstreckung. In: Internationales Baurecht. Moskau: Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie, 2025. DOI: 10.64457/icl.de.ch10.

Das Kapitel kontrastiert verbindliche völkerrechtliche Verträge (Washington-Konvention 1965, New-York-Konvention 1958) mit dem soft-law-Gefüge der UNCITRAL-Schiedsordnung und der FIDIC-Standards 2017/2022. Statistiken des ICSID sowie Entscheidungen indischer, südafrikanischer und schweizerischer Gerichte bestätigen die Verbindlichkeit von DAAB-Verfahren. Der Streit Nord Stream 2 zeigt unionsrechtliche Spannungen; die Anschläge von 2022 veranschaulichen Risiken für

*Energieinfrastruktur. Auf der Grundlage von Rechtsvergleichung und Doktrin entwickelt die Studie ein dreistufiges Schutzmodell: sofortige Anwendung der ICC Expedited Rules, mittelfristige Qualifikation internationaler Bauverträge als Investitionen per se und langfristige Annahme eines BRICS/UNCITRAL-Modellgesetzes. Ergebnisse stärken Vorhersehbarkeit und Harmonie von internationalen und innerstaatlichen Normen.*

Internationale Bauprojekte sind zwangsläufig mit der Überschneidung verschiedener Rechtssysteme und Normen des Völkerrechts verbunden. Die rechtliche Regelung solcher Verträge hängt von den Quellen des Vertragsrechts in der jeweiligen Rechtsordnung sowie von der Geltung von zwingenden Normen des Völkerrechts (*jus cogens*) ab, von denen kein Staat abweichen darf. *Jus cogens* – zwingende Rechtsnormen wie das Verbot von Völkermord oder Sklaverei – gelten absolut und machen jede entgegenstehende vertragliche Vereinbarung nichtig. Der Einfluss des *jus cogens* auf gewöhnliche kommerzielle Verträge ist jedoch mittelbar: Er begrenzt die Vertragsfreiheit, indem er Vereinbarungen ausschließt, die grundlegenden Prinzipien der internationalen Rechtsordnung widersprechen.

In den verschiedenen Rechtstraditionen – dem anglo-amerikanischen (präzedenzbasierten), dem kontinentaleuropäischen (kodifizierten), dem lateinamerikanischen (öffentlich-rechtlich geprägten) sowie dem israelischen (gemischten) System – unterscheiden sich die Quellen des Vertragsrechts und die Mechanismen des Rechtsschutzes in internationalen Bauverträgen erheblich. Die nachfolgenden vier lokalisierten Fassungen der Analyse des Kapitels 10 der Monographie „Internationales Bauvertragsrecht“ – „Vertragsvölkerrecht in internationalen Bauverträgen: Rechtsprobleme und Schutzmechanismen“ – berücksichtigen:

- (1) die spezifischen Quellen des Schuldrechts und der völkerrechtlich zwingenden Normen;
- (2) die Anwendung der FIDIC-Standards in nationaler Praxis;

- (3) verfügbare Schutzmechanismen bei Vertragsverletzungen (internationale Schiedsgerichtsbarkeit, ISDS, innerstaatliche Rechtsmittel, Gerichtsstandsvereinbarungen);
- (4) die dogmatischen Grundlagen der Anerkennung internationaler Verträge im Baurecht;
- (5) den Umgang mit Sanktionen, höherer Gewalt, unvorhergesehenen Umständen (hardship) und Vertragsanpassungen während der Projektdurchführung;
- (6) die Rolle des Staates als Auftraggeber, Geldgeber, Regulierungsinstanz und Beklagter;
- (7) Methoden der Vertragsauslegung (Unterschiede zwischen kontinentaleuropäischen und angelsächsischen Auslegungsstilen).

Quellen des Vertragsrechts und *jus cogens*. Im anglo-amerikanischen Common-Law (z. B. England und USA) beruhen Vertragsregeln primär auf Präjudizien und Einzelgesetzen, nicht auf einem umfassenden Zivilgesetzbuch. Die Privatautonomie ist stark, wird jedoch durch *ordre public* und *Illegalität*-Doktrinen begrenzt. Zwingende Normen des Völkerrechts (*jus cogens*) sind nicht Bestandteil des innerstaatlichen Vertragsrechts, wirken aber als äußere Schranken: Verträge, die peremptorischen Normen widersprechen (z. B. Verbot von Korruption, Sklaverei), sind wegen Verstoßes gegen den *ordre public* nicht durchsetzbar (Shelton, 2011). Neben diesen Grenzen können Parteien Risiken weitgehend frei allokieren; Gerichte setzen ausdrücklich vereinbarte Klauseln durch. Für extreme supervening events dienen die Doktrinen der frustration und der *Illegalität* als Korrektiv (Sloss, 2009). Eine allgemeine Hardship-Klausel kraft Gesetzes existiert nicht; ohne vertragliche Regel gilt Leistungspflicht fort, frustration greift nur ausnahmsweise. England folgt dem Dualismus; der ICSID-Vertrag wurde durch den Arbitration (International Investment Disputes) Act 1966 innerstaatlich wirksam. Die Wiener Vertragsrechtskonvention bindet Staaten, nicht Privatrechtsverträge, es sei denn, staatliches Recht inkorporiert entsprechende Regeln (Shelton, 2011).

Anwendung der FIDIC-Standards. FIDIC-Muster gelten in Common-Law-Jurisdiktionen als anerkannte internationale Standardwerke im Großanlagen- und Ingenieurbau (Seppälä, 2023). Gerichte setzen FIDIC-Klauseln grundsätzlich um, soweit keine zwingenden lokalen Normen entgegenstehen. Zentrale Elemente sind die Rolle des Engineers und das Dispute Avoidance/Adjudication Board (DAAB); time-bar-Regime sowie (vorläufig) verbindliche Entscheidungen werden in den Grenzen des anwendbaren Rechts durchgesetzt (Seppälä, 2024).

Schutzmechanismen (Foren und Rechtsbehelfe). Schiedsvereinbarungen sind Standard; London und New York sind führende Sitze. Die Anerkennung und Vollstreckung beruht auf dem New-York-Übereinkommen 1958 mit engen Versagungsgründen (Sloss, 2009; Shelton, 2011). Gegen Staaten steht ISDS (BITs, ICSID) offen; Art. 54 ICSID statuiert Anerkennung von Geldtiteln „wie“ rechtskräftige Urteile mit Ausschluss inländischer Sachkontrolle (Sloss, 2009). DAABs sichern interimswise Rechtsschutz bis zur Schiedslösung (Seppälä, 2024).

Dogmatik der Anerkennung völkerrechtlicher Verträge. Common-Law ordnet zwischen International- und Landesrecht dualistisch; Soft-Law (UNIDROIT, ICC) bindet nur bei Rechtswahl. Vertragsvölkerrechtliche Rahmen (Freihandel, Investitionsschutz) fördern Transparenz in Vergaben und bieten ausländischen Bauunternehmern zusätzliche Schutzebenen (Sloss, 2009; Shelton, 2011).

Sanktionen, höhere Gewalt, Hardship. Es existiert keine allgemeine gesetzliche Hardship-Lehre; frustration/impracticability wirken punktuell. Force-majeure ist vertraglich; Supervening illegality (z. B. Sanktionen) kann ohne Klausel zur Leistungsbefreiung führen (Sloss, 2009; Shelton, 2011). FIDIC-klauseln zur höheren Gewalt/Hardship werden, wenn vereinbart, durchgesetzt (Seppälä, 2023).

Rolle des Staates. Als Auftraggeber handelt der Staat grundsätzlich wie ein Privater; Immunitäten treten bei kommerziellen Akten zurück, soweit zugestimmt. Öffentliche Aufträge enthalten regelmäßig Sonderklauseln (Änderungen, termination for convenience). Regulatorische Eingriffe

können als höhere Gewalt/frustration qualifizieren. Vertrags- und parallele Investitionsschutzverfahren sind möglich (Sloss, 2009).

Auslegung (Common Law vs. Zivilrecht). Common-Law interpretiert text- und kontextbezogen; parol evidence begrenzt extrinsische Beweismittel. Ein allgemeines Gebot von Treu und Glauben wie § 242 BGB existiert nicht; Implikationen erfolgen restriktiv. FIDIC-Terminologie wird nach Branchenusus ausgelegt; zwingendes Recht geht vor (Shelton, 2011; Seppälä, 2023).

Quellen des Vertragsrechts und zwingende Normen. Das deutsche Schuldvertragsrecht ist kodifiziert (BGB). Seit 2018 regeln §§ 650a ff. BGB ausdrücklich den Bauvertrag; zuvor galten im Kern §§ 631 ff. BGB. In der Baupraxis haben sich standardisierte Bedingungen, namentlich die VOB/B, etabliert: kein Gesetz, sondern ausgewogene AGB, die im öffentlichen Auftragswesen regelmäßig einbezogen und teils vorgeschrieben werden. Damit entsteht ein duales System: den zwingenden Rahmen (insb. § 242 BGB – Treu und Glauben; § 313 BGB – Störung der Geschäftsgrundlage) liefert das BGB, die praxisnahen Detailregelungen die VOB/B. Zwingende völkerrechtliche Normen (*jus cogens*) wirken nur mittelbar über den ordre public: Vertragsinhalte, die gegen grundlegende Prinzipien oder die guten Sitten verstößen, sind nach § 138 BGB nichtig; ein auslandskorrupter Zahlungszweck würde etwa an § 138 BGB bzw. am ordre public scheitern (Shelton, 2011). Deutschland ist dualistisch (Art. 59 Abs. 2 GG); zugleich erklärt Art. 25 GG die allgemeinen Regeln des Völkerrechts zu Bestandteilen der innerstaatlichen Rechtsordnung. Entscheidungen, die *jus cogens* verletzen, sind in Deutschland nicht vollstreckbar (Shelton, 2011).

Anwendung von FIDIC. Im Binnenmarkt dominiert die VOB/B; FIDIC gewinnt Bedeutung v. a. bei Auslandsvorhaben deutscher Unternehmen. Unter deutschem Recht bedarf FIDIC punktueller Anpassung (z. B. § 650b BGB – Anordnungsrecht mit Vergütungsanpassung; § 276 Abs. 3 BGB – Verbot des Haftungsausschlusses für Vorsatz). DA(B)B-Mechanismen sind dem deutschen Prozessrecht fremd, können aber vertraglich als vorläufig verbindliche Feststellungen bis zur Schiedsentscheidung anerkannt werden (Seppälä, 2023; Seppälä, 2024).

Rechtsschutzmechanismen. Bauprozesse werden vor Zivilgerichten geführt; Deutschland ist schiedsfreundlich (ZPO §§ 1025–1066; New-York-Übereinkommen mit enger ordre-public-Kontrolle) (Sloss, 2009). Selbständige Beweisverfahren (§§ 485 ff. ZPO) dienen der frühzeitigen Sicherung von Tatsachen. Investitionsschutz erfolgt über BITs und das ICSID-Übereinkommen; Art. 54 ICSID verlangt Anerkennung von Schiedssprüchen ohne Sachprüfung (Sloss, 2009).

Dogmatik der Anerkennung. Völkerrecht wirkt über Transformationsgesetze, allgemeines Völkergewohnheitsrecht über Art. 25 GG. Unionsrecht prägt Vergabe und Wettbewerb; Soft-Law kann bei Parteiwahl leitend sein.

Sanktionen, höhere Gewalt, Hardship. Gesetzliche Institute: Unmöglichkeit (§ 275 BGB) und Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB). Höhere Gewalt ist richterrechtlich konturiert (extern, unvorhersehbar, unabwendbar). Sanktionen können rechtliche Unmöglichkeit bzw. Anpassungsbedarf begründen (Shelton, 2011).

Staatliche Rolle. Der Staat handelt im Bauvertrag grundsätzlich privatrechtlich; Immunität ist für ius gestionis beschränkt. Verwaltungsrechtliche Nachprüfungen betreffen Vergabe/Genehmigungen. Ein einseitiges ius variandi ohne Grundlage besteht nicht; pacta sunt servanda gilt auch für die öffentliche Hand.

Auslegung. §§ 133, 157 BGB stellen auf den wirklichen Willen und die Verkehrssitte ab; ergänzende Auslegung und AGB-Kontrolle (§ 307 BGB) sichern Äquivalenz.

Quellen des Vertragsrechts und zwingende Normen (jus cogens). In Lateinamerika prägen kodifizierte Zivil- und Handelsrechte das Schuldvertragsrecht; das Verwaltungsrecht übt im Bereich öffentlicher Bauaufträge erheblichen Einfluss aus. Es wird zwischen zivilrechtlichen Verträgen und Verwaltungsverträgen unterschieden. Verfassungen (wirtschaftlicher ordre public, soziale Funktion des Vertrags, Vorrang des öffentlichen Interesses), Zivilkodizes sowie besondere Vergaberegeln bilden die Kernquellen. In Staaten wie Mexiko, Kolumbien oder Peru normieren

Vergabegesetze zwingende Verfahren und Vertragsklauseln; sie haben öffentlich-rechtlichen Charakter und gehen der Privatautonomie vor. Französische Einflüsse sind sichtbar: einseitige Vertragsänderung und -auflösung aus öffentlichem Interesse bei gleichzeitiger Entschädigungspflicht. Viele Länder erkennen internationalen Verträgen übergesetzlichen Rang zu; teils genießen Menschenrechtsverträge Verfassungsrang. Jus-cogens-Konzepte wirken daher unmittelbar: Bauverträge, die etwa Zwangsarbeit oder gravierende Umweltverletzungen implizieren, verstößen gegen innerstaatliche und internationale Grundsätze und sind unwirksam. Im Investitionsschutz zeigt sich transnationaler ordre public bei Korruption/Fraud mit Konsequenzen für Anerkennung/Vollstreckung von Schiedssprüchen (Calvo, 1868). Die Calvo-Doktrin des 19. Jahrhunderts—Ausländer haben Streitigkeiten lokal zu klären—prägte lange die Region und bremste internationale Zuständigkeiten zugunsten der Souveränität (Calvo, 1868).

Anwendung von FIDIC. FIDIC-Muster verbreiten sich als „Best Practice“. Historisch dominierten nationale Allgemeine Bedingungen; Entwicklungsbanken fördern FIDIC in finanzierten Großprojekten (Red/Yellow/Silver Book). Die neutrale Rolle des „Engineer“ wird in Systeme übertragen, in denen traditionell der Bauaufsicht führende Ingenieur Vertreter des Auftraggebers war. DAB/DAAB-Entscheidungen mit vorläufiger Bindungswirkung sind relativ neu, werden aber mit anschließender Bestätigung im internationalen Schiedsverfahren genutzt. Terminologische Anpassungen und die Vereinbarkeit mit öffentlich-rechtlichen Grenzen (Änderungsobergrenzen; Kündigung aus Zweckmäßigkeit) sind zentral.

Schutzmechanismen. Neben staatlichen Gerichten gewinnt die Schiedsgerichtsbarkeit an Boden; die New-York-Konvention 1958 und die Panamerikanische Konvention 1975 sichern Anerkennung. ISDS bleibt für Konzessionen/PPP bedeutsam, trotz einzelner ICSID-Austritte. Verwaltungsrechtliche Rechtsbehelfe gegen einseitige Akte bestehen fort.

Dogmatische Grundlagen. Viele Staaten folgen einem moderaten Monismus; der „Verfassungsblock“ ermöglicht unmittelbare Anwendung völkerrechtlicher Normen (z. B. indigene Konsultation). Schiedsklauseln mit

dem Staat gelten als zulässige Zuständigkeitsunterwerfung; das Prinzip des wirtschaftlich-finanziellen Gleichgewichts korrespondiert internationalen Schutzstandards.

Sanktionen, höhere Gewalt, Hardship. Die zivilrechtliche Lehre der „imprevisión“ erlaubt Anpassung/Auflösung bei außergewöhnlicher, unvorhersehbarer Störung; höhere Gewalt ist kodifiziert. Internationale Sanktionen qualifizieren als nachträgliche Rechtswidrigkeit oder Anpassungsgrund; Verträge enthalten zunehmend Sanktions- und Suspendierungsklauseln. Öffentliche Bauverträge kennen Variationen bis zu gesetzlichen Prozentsätzen mit Termin-/Preisfortschreibung.

Rolle des Staates. Der Staat verfügt über Ausnahmeprärogativen (*ius variandi/rescindendi*), muss aber die Gleichgewichtslage kompensatorisch wahren. Moderne PPP-Gesetze (Mexiko, Chile, Brasilien) schaffen Vorhersehbarkeit (Schiedsgerichtsbarkeit, Fachgremien, Versicherung). Immunitäten schützen hoheitliche Vermögenswerte; Vollstreckung richtet sich auf kommerzielle Assets/Budget.

Vertragsauslegung. Im Vordergrund stehen gemeinsamer Parteiwill, objektive Treu und Glauben sowie der Vertragszweck; extrinsische Beweismittel sind zulässig; dispositives Recht füllt Lücken. Ziel ist Vertragserhalt und faire Balance.

Fuentes del derecho contractual y normas imperativas. Alemania, como sistema civilista, se rige por el BGB; desde 2018, los contratos de construcción están expresamente regulados en los §§ 650a y ss. BGB (antes regían §§ 631 y ss.). En la práctica, la VOB/B —condiciones generales equilibradas, no ley— actúa como estándar quasi oficial, especialmente en contratación pública, donde su incorporación es habitual y en ocasiones exigida. Surge así una arquitectura dual: el BGB fija los límites inderogables (buena fe del § 242, alteración de la base del negocio del § 313), mientras la VOB/B provee reglas operativas. El *jus cogens* del derecho internacional impacta de modo indirecto a través del orden público: cláusulas contrarias a principios fundamentales o a las buenas costumbres son nulas (§ 138 BGB); pagos corruptos o violaciones graves de derechos humanos no se ejecutan (Shelton, 2011). Alemania es dualista (art. 59.2 GG) y, a la vez, el art. 25 GG incorpora las reglas generales

del derecho internacional (costumbre). La ejecución de laudos o sentencias contrarios a *jus cogens* es inadmisible (Shelton, 2011).

Aplicación de FIDIC. En el mercado interno predomina la VOB/B; FIDIC se utiliza sobre todo en proyectos internacionales de empresas alemanas. Bajo derecho alemán, FIDIC se adapta a categorías del BGB (p. ej., § 650b BGB sobre órdenes de cambio con ajuste de precio; § 276(3) BGB prohíbe exonerar dolo). Los mecanismos DA(B)B son menos familiares, pero pueden hacerse valer como determinaciones contractuales vinculantes de manera provisional hasta el laudo (Seppälä, 2023; Seppälä, 2024).

Mecanismos de tutela. Los litigios se ventilan ante tribunales civiles o en arbitraje. Alemania favorece el arbitraje (ZPO §§ 1025–1066; Convención de Nueva York con control limitado por orden público) (Sloss, 2009). Son frecuentes los procedimientos probatorios autónomos (§§ 485 y ss. ZPO). Para inversión extranjera, los BIT y el CIADI proveen remedios; el art. 54 CIADI impone reconocimiento sin revisión de fondo (Sloss, 2009).

Base doctrinal. Los tratados requieren implementación; el derecho internacional consuetudinario rige ex art. 25 GG. El derecho de la UE estructura la contratación pública; los instrumentos de soft law operan por elección de las partes.

Sanciones, fuerza mayor, hardship. El BGB regula la imposibilidad (§ 275) y la alteración de la base (§ 313). La fuerza mayor es de elaboración jurisprudencial (evento externo, imprevisible e irresistible). Las sanciones pueden constituir imposibilidad jurídica o justificar adaptación/terminación (Shelton, 2011).

Rol del Estado. El Estado actúa como contratante privado; la inmunidad es limitada en actos comerciales. Existe control público en materia de compras y licencias. No hay *ius variandi* unilateral sin base normativa/contractual; rige *pacta sunt servanda*.

Interpretación. Los §§ 133 y 157 BGB priorizan la intención común y la buena fe; la integración supletoria y el control de cláusulas estándar (§ 307 BGB) preservan el equilibrio contractual.

## **Hinweis zur Veröffentlichung der wichtigsten Forschungsergebnisse**

Wissenschaftliche Fachrichtung: 5.1.5. Internationale Rechtswissenschaften.

Recht der internationalen Verträge.

## **Literaturverzeichnis**

1. Anisi, E., & Darabpour, M. (2021). Gewährung der Vollstreckbarkeit für Entscheidungen des FIDIC-DAB. *Journal of Legal Affairs and Dispute Resolution in Engineering and Construction*, 13(2).
2. Bakhnovskiy, A. V. (2018). Der völkerrechtliche Vertrag als Quelle des internationalen Privatrechts. *Teoriya i Praktika Obshchestvennogo Razvitiya*, (6), 91–94.
3. Boldyrev, O. Y., & Chikhladze, L. T. (2022). Ökonomische Souveränität des Staates. *Antinomii*, 22(4).
4. Verdier, P.-H., & Versteeg, M. (2015). Völkerrecht in nationalen Rechtssystemen. *American Journal of International Law*, 109(3), 514–533.
5. De Decker, Z. Z. (2021). Das Verhältnis zwischen EU-Recht und internationalem Investitionsrecht: Lehren aus Nord Stream 2. Dissertation, Ghent University.
6. Seppälä, C. R. (2023). Der FIDIC-Red-Book-Vertrag: Internationaler Kommentar. Kluwer Law International. ISBN 978-9403520605.
7. Seppälä, C. R. (2024). Vorschlag zur Vollstreckung von Parteivereinbarungen und DAAB-Entscheidungen. *International Construction Law Review*, 41(1), 106–115.
8. Sloss, D. (Hg.). (2009). Die Rolle nationaler Gerichte bei der Durchsetzung völkerrechtlicher Verträge. Cambridge University Press.

9. Thi Hoa, N. (2022). Ob FIDIC-DAB-Entscheidungen Schiedssprüche sind. *Journal of Legal Affairs and Dispute Resolution in Engineering and Construction*, 14(4).
10. Topornina, B. N., Baturin, Y. M., & Orekhova, R. G. (1994). Verfassung der Russischen Föderation: Kommentar.
11. Fanou, M. (2020). CETA-ICS und die Autonomie der EU-Rechtsordnung. *Cambridge Yearbook of European Legal Studies*, 22, 106–132.
12. Ferdross, A. (1959). Völkerrecht. Izdatel'stvo Inostrannoi Literatury.
13. Shelton, D. (Hg.). (2011). Internationales Recht und nationale Rechtssysteme. Oxford University Press.
14. Roberts, A., u. a. (Hg.). (2018). Vergleichendes Völkerrecht. Oxford University Press.
15. Yakubov, I. Kh. (2023). Sabotage von Nord Stream. *Postsovetskie Issledovaniya*, 6(1), 20–29.

© 2025 Internationales Baurecht